

BLICKPUNKT PLENUM

08. – 10. März 2016

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Schuldenbremse steht erst noch vor Bewährung

Wie erfolgreich die Schuldenbremse sein wird, zeigt sich erst dann, wenn über eine längere Dauer konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen ausbleiben. Für ein erstes Fazit und Selbstlob durch die schwarz-grüne Landesregierung ist es zu früh. So kommentierte die SPD-Landtagsfraktion die Debatte zur Schuldenbremse im Hessischen Landtag.

Die Schuldenbremse ist und war eine sinnvolle Maßnahme, wenn in der praktischen Politik die Balance zwischen Einnahme- und Ausgabenverantwortung gewahrt bleibt.

Deutschland insgesamt, aber insbesondere Hessen, haben einen Nachholbedarf bei den öffentlichen Investitionen, insbesondere bei den Kommunen, aber auch der öffentlichen Infrastruktur wie Straßen und der öffentliche Personennahverkehr. Das Engagement für Bildung und Betreuung und der soziale Ausgleich sind längst nicht mehr gewahrt. Um diese Defizite zu beheben, braucht der Staat mehr Einnahmen. Diese Einnahmen müssen sozial gerecht erhoben und die zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland korrigiert werden.

Deshalb ist eine Reform der Erbschaftssteuer, wie vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben, endlich auf den Weg zu bringen. Auch die Vermögensteuer wird für die SPD weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

Digitale Strategie Schall und Rauch

Der Breitbandausbau nimmt eine wichtige Position ein, da er Rückgrat und Achillesferse für eine gute Infrastruktur und der gesamten Kommunikation ist. Leider ist es nicht die Landesregierung, die den Breitbandausbau in Hessen vorantreibt. Vielmehr sind es die Akteure aus Politik und Wirtschaft vor Ort, die den Breitbandausbau ermöglichen. Festzustellen ist, dass jeder Landkreis aktuell noch viel investieren muss, damit das Ziel einer flächendeckenden Versorgung in der Geschwindigkeit von 50 MBit/s bis zum Jahr 2018 realisiert werden kann. Leider unterstützt die Landesregierung hier nur unzureichend.

Im Bereich der schnellen Internetverbindungen schneidet Nordhessen bisher im Vergleich zum restlichen Bundesland schlecht ab. Als schnelles Internet gelten Verbindungen zwischen 30 MBit und 50 MBit pro Sekunde. Rund 70 Prozent der Hessen verfügen über den Zugang zu einer 50 MBit-Verbindung. Diese Rate erreichen beispielsweise im Schwalm-Eder-Kreis nur 29,7 Prozent der Haushalte. Das ist hessenweit der letzte Platz.

Auch die Kreise Kassel und Werra-Meißner landen auf hinteren Rängen. Damit in Nordhessen mehr Menschen zu schnelleren Verbindungen erhalten, haben sich 2014 die fünf nordhessischen Landkreise zusammengeschlossen und die Breitband Nordhessen GmbH gegründet. Das Ziel: Möglichst rasch die Kreise flächendeckend mit mindestens 30 MBit pro Sekunde zu versorgen. Es sollen 2500 Kilometer Glasfaserkabel verlegt werden.

Dieser Kraftakt bedeutet für die Kreise eine enorme finanzielle Belastung, die aber notwendig ist, um den ländlichen Raum nicht ausbluten zu lassen. Besser wäre jedoch, dass das Land hier auch seiner Verantwortung gerecht wird und die Investitionen durch entsprechend hohe Zuschüsse unterstützt.

Bildungsabbau durch Stellenkürzungen

Die Landesregierung kürzt massiv Stellen, allein 300 Stellen an Grundschulen, gymnasialen Oberstufen, beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien und den Hessenkollegs in diesem Jahr. Weitere 150 bis 170 Stellen sollen in den nächsten zwei Jahren folgen. Dieser Bildungsabbau an den Schulen ist falsch und nimmt Bildungschancen, statt sie zu ermöglichen. Die Kürzungen im Grundschulbereich konterkarieren die Bemühungen, die individuelle Förderung in der Grundschule auszubauen.

Die Stellenkürzungen sind kein Beitrag zu mehr Chancengleichheit auf dem Weg zum Abitur. Denn am härtesten trifft es eigenständige gymnasiale Oberstufenschulen - Schulen, die besonders viele Schülerinnen und Schüler aus Gesamt- und Realschulen zum Abitur führen und deren Neugründung die Landesregierung kategorisch ausschließt. Für diese Schulen bedeuten die schwarz-grünen Kürzungen einen Verlust von bis zu 4 Lehrerstellen.

Kürzungen, die insbesondere Schülerinnen und Schüler betreffen, die sich jahrelang durchgebissen haben, um den nächsthöheren Anschluss, die gymnasiale Oberstufe oder das Berufliche Gymnasium zu erreichen. Der Nachhilfebedarf ist jetzt schon hoch und wird noch zunehmen. CDU und Grüne begründen diese Kürzungen mit „Stellenumwandlungen“. Sie reißen ein Loch auf, um andere Löcher zu stopfen. Diese Lehrerstellen sollen nun im Bereich von Ganztagschulen, Inklusion und Integrationsklassen eingesetzt werden. Diese Maßnahmen sind dringend notwendig, doch dürfen nicht Schulformen gegeneinander ausgespielt werden. Daher sind zusätzliche Lehrer notwendig und keine Verschiebung innerhalb der Schulen. Für dieses Ziel haben Landesschülervertretung, der Landeselternbeirat und die GEW über 30.000 Unterschriften gesammelt. Wie mehr Lehrer zu bezahlen sind, haben Sozialdemokraten schon in den vergangenen Haushaltsberatungen aufgezeigt, da die Situation absehbar war.

Kommunen müssen von Windkraft profitieren

Die SPD-Landtagsfraktion hat kritisiert, dass sich Schwarz-Grün nicht durchringen konnte, dem SPD-Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung zuzustimmen. Mit dieser Änderung wäre die Voraussetzung geschaffen worden, dass die hessischen Anrainerkommunen von Windkraftanlagen im Staatswald mit 30 Prozent an den Pachteinnahmen hätten beteiligt werden können. Ein ähnliches Modell läuft seit einigen Jahren sehr erfolgreich in Rheinland-Pfalz. Die dortigen Kommunen profitierten auch finanziell von der Energiewende, was die Akzeptanz und Zustimmung zur Windkraft deutlich steigen lässt. In der Landtagsanhörung haben besonders die Kommunalvertreter den SPD-Gesetzentwurf als sinnvolle Möglichkeit bezeichnet, damit Städte und Gemeinden planbar und kontinuierlich von den Pacht-Einnahmen, die HessenForst einnehmen, profitieren könnten.

Bessere und faire Bezahlung!

Gemeinsam mit dem DGB haben nordhessische SPD-Landtagsabgeordnete in einer großen Demonstration in Kassel demonstriert, dass die CDU/Grüne Landesregierung ihren Landeshaushalt einseitig zu Lasten der Kommunen und der Landesbeschäftigten saniert. Wer einseitig zu Lasten des Personals spart, gefährdet die öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung sowie die öffentliche Sicherheit. Statt für ausreichend Personal zu sorgen, um die ständig wachsenden Aufgaben bewältigen zu können, hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren durch die Hintertür massiv Personal eingespart.

Obendrein hat sie große Teile der Beschäftigten von der Lohnentwicklung abgekoppelt und Nullrunden verordnet, die reale Einkommensverluste bedeuten. Wer einen handlungsfähigen Sozialstaat will, darf bei seinen Beschäftigten keine Leistungen kürzen und Löhne einfrieren. Die Motivation ist schlecht und der Personalmangel insbesondere bei der Polizei nicht zu dulden. Dieses haben wir in der aktuellen Stunde thematisiert und werden unsere Forderungen für faire Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen und notwendige Personalausstattung aufrecht erhalten.